

Arbeitskreis der
Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus
in Berlin und Brandenburg

Oranienburg, den 19. Januar 2012

Der Vorsitzende
Prof. Dr. Günter Morsch
c/o Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten
Heinrich-Grüber-Platz 3
16515 Oranienburg
sekretariat@stiftung-bg.de
03301/810912

Offener Brief

An den
Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg
Herrn Matthias Platzeck
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

An den
Regierenden Bürgermeister von Berlin
- Senatskanzlei -
Herrn Klaus Wowereit
Jüdenstr. 1
10178 Berlin

Betr.: Einführung eines Europäischen Gedenktages für die „Opfer aller
totalitärer und autoritärer Regime“ am 23. August

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Regierender
Bürgermeister,

auf einer Sondersitzung des Arbeitskreises der Berlin-Brandenburgischen
Gedenkstätten am 13. Januar 2012 haben die Mitglieder aus Opfer- und
Interessenverbänden sowie den Gedenkstätten für die NS-Opfer in beiden
Bundesländern gemeinsam mit den Vertretern des Zentralrats der Juden in
Deutschland sowie des American Jewish Committee über den auf Beschlüssen

des Europaparlaments beruhenden Vorschlag debattiert, in allen Ländern einen einheitlichen Tag des Gedenkens für die „Opfer aller autoritärer und totalitärer Regime“ einzuführen. Dieser soll jährlich am 23. August aus Anlass der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes 1939 begangen werden. Dieser Vorschlag wird u. a. von mehreren Regierungen, Institutionen und Gedenkstätten für Opfer kommunistischer Verfolgung in Europa unterstützt, die zu diesem Zweck eine „Platform of European Memory and Conscience“ gegründet haben.

Wir, die Mitglieder des Arbeitskreises, lehnen diesen Vorschlag in enger Abstimmung mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland und dem American Jewish Committee einhellig und entschieden ab. Wir bitten die beiden Landesregierungen von Berlin und Brandenburg, diesen Initiativen zur Einführung dieses Gedenktages sowohl in den beiden Bundesländern als auch auf nationaler und europäischer Ebene nicht zu folgen, sondern sie abzulehnen und ihnen zu widersprechen.

Wir verweisen dabei vor allem auf das diesem Schreiben beigefügte „Vermächtnis“ der Präsidenten der Vereinigungen der Überlebenden von Holocaust und Konzentrationslagern, das diese am 27. Januar 2009 dem Präsidenten des Deutschen Bundestages sowie dem Bundespräsidenten übergeben haben. Außerdem verweisen wir auf einen in der gleichen Angelegenheit an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments sowie an die Mitglieder EU-Kommission gerichteten Brief der Präsidenten, den die Überlebenden am 11. November 2011 in Brüssel persönlich der Stellvertretenden Kommissionspräsidentin, Frau Viviane Reding, übergeben haben. Auch diesen Brief fügen wir Ihnen in der Anlage bei.

Wir teilen die von den Holocaust- und KZ-Überlebenden in bewegenden Worten formulierte Sorge und schließen uns ihrer Ablehnung des geplanten Gedenktages an:

- Die von den Initiatoren des Gedenktages angestrebte Gleichheit im Gedenken an die „Opfer aller autoritärer und totalitärer Regime“ führt zu unhistorischen Gleichsetzungen und Relativierungen.
- Die Einführung dieses Gedenktages wird daher nicht zu Versöhnung und einvernehmlichem Dialog zwischen Opfern, ihren Angehörigen, verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Staaten beitragen, sondern er vertieft Gegensätze, reißt alte Wunden wieder auf und führt zu neuen Auseinandersetzungen und Konfrontationen.

- Selbstverständlich erkennen auch wir nicht nur das Leid der Millionen Opfer kommunistischen Terrors an, sondern unterstützen das Bestreben, einen international einheitlichen Gedenktag für sie einzuführen. Ob sich das Datum des 23. August dazu eignet, das mögen weniger Regierungen und Parlamente als vor allem diejenigen beurteilen, die nicht nur in der Zeit der Geltung des Hitler-Stalin-Paktes, also zwischen 1939 und 1941, sondern spätestens seit der Oktoberrevolution 1917 bis zur friedlichen Revolution in Europa 1989/90 unter den kommunistischen Diktaturen gelitten haben.

Wir sind betroffen, dass die Stimmen der Überlebenden des NS-Terrors offenbar kaum noch gehört werden. Wir sind bestürzt und beschämt über die Bitterkeit, die viele Opfer nationalsozialistischer Verfolgung deshalb ausgerechnet in einer Zeit empfinden, in der wir von einem allmählichen Ende der Zeitzugenschaft sprechen müssen. Demnächst wird in Deutschland und in vielen anderen Staaten erneut am Jahrestag der Befreiung der Häftlinge des KZ Auschwitz der Opfer der Nationalsozialisten gedacht. Die Gedenkveranstaltungen am 27. Januar sind eine gute Gelegenheit, um dem „Vermächtnis“ der letzten Überlebenden von Holocaust und NS-Terror Gehör zu verschaffen und uns ihrem Appell anzuschließen, wo es u. a. heißt:

„Anstatt unsere Ideale für Demokratie, Frieden Toleranz, Selbstbestimmung und Menschenrechte durchzusetzen, wird Geschichte nicht selten benutzt, um zwischen Menschen, Gruppen und Völkern Zwietracht zu säen. Wir wenden uns dagegen, dass Schuld gegeneinander aufgerechnet, Erfahrungen von Leid hierarchisiert, Opfer miteinander in Konkurrenz gebracht und historische Phasen miteinander vermischt werden.“

Diesen Wünschen, Warnungen und Forderungen der Überlebenden stimmen wir, die Mitglieder des Arbeitskreises der Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten, vorbehaltlos zu. Wir wünschen uns, dass auch Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister, in diesem Sinne das „Vermächtnis“ der Präsidenten der Überlebenden von Holocaust und KZ-Terror weitertragen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Prof. Dr. Günter Morsch

Dem Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten in Berlin-Brandenburg gehören folgende Einrichtungen, sowie Opfer- und Interessenverbände an:

Aktives Museum
Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Anne-Frank-Zentrum

Berlin-Schöneweide

Bonhoefer-Haus

Bund der Verfolgten des Naziregimes e. V.

Canisius-Kollegs (CK) und der Jesuiten-Kommunität

Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst

Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit

Erinnerungs- und Begegnungsstätte

Gedenkstätte Brandenburg Havel

Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche Juni 1933

Gedenk-und Bildungsstätte

Haus der Wannsee-Konferenz

Heimatismuseum Köpenick

Jüdische Gemeinde zu Berlin

Jüdisches Museum Berlin

Karmel Regina Martyrum

Landesverband Deutscher Sinti und Roma Berlin Brandenburg e.V.

Landeszentrale für politische Bildung

Lesben- und Schwulen Verband Berlin-Brandenburg

LISUM Berlin-Brandenburg

Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück

Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Stiftung Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum

Stiftung Topographie des Terrors

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

VVN-BdA e.V.

Zentrum für Zeithistorische Forschung
